



# Barthle-Brief

Nr. 40

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

9.9.2011

Thema der Woche:

## **„Scheitert der Euro, scheitert Europa!“**

**Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2012 und zur Erweiterung des Euro-Rettungsschirms**

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause ist geprägt gewesen durch die Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 sowie die Debatte um die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms. Die sogenannte „Haushaltswoche“ des Deutschen Bundestages hat am Dienstag, dem 6. September, mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs des Bundes für 2012 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen. Mit der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramtes wurde dann am Mittwoch der traditionelle Höhepunkt der Haushaltswoche, die Generalausssprache zur Regierungspolitik, eingeläutet. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab dabei ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen europäischen Währung ab. Der Euro sei „viel, viel mehr als eine gemeinsame Währung“. Der Euro sichere Frieden in Europa. Nach ihren Worten steht Europa vor „historischen Herausforderungen“. Deutschland könne auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es Europa nicht gut gehe. Deshalb ist für Merkel klar: „Scheitert der Euro, scheitert Europa. Er darf nicht scheitern, und er wird nicht scheitern.“

Mit Blick auf den Bundeshaushalt und die Finanzplanung für die kommenden Jahre stellte Merkel heraus, dass es von zentraler Bedeutung sei, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. „Es ist gut und richtig, dass wir die Schuldengrenze einhalten.“ Die Neuverschuldung soll 2012 im Bund unter 30 Milliarden Euro gehalten werden. Bis die Maastricht-Stabilitätskriterien eingehalten werden könnten, liege noch ein langer Weg vor der Regierung. Die Gesamtverschuldung beträgt derzeit 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zulässig sind nach Maastricht jedoch nur 60 Prozent. Die hohe Verschuldung Deutschlands und anderer europäischer Länder sei nicht allein Ergebnis der Bankenrettung und der Konjunkturpakete, die seit 2008 verabschiedet wurden. „Diese Verschuldung ist das Ergebnis einer falschen Philosophie, von

jahrzehntelangem Schuldenaufbau.“ In Deutschland habe die Schuldenpolitik mit der ersten großen Koalition (1966-69) begonnen. Schlechte Zeiten seien mit mehr Schulden bekämpft worden, und in guten Zeiten sei dann der Schuldenberg nicht abgetragen worden. Jetzt gehe es um einen grundsätzlichen Wandel zum Wohle künftiger Generationen, sagte die Bundeskanzlerin.

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, mit dem Bundeshaushalt würden die Grundlagen gelegt, damit es dem Land auch in den nächsten Jahren weiter gutgehe. Die Bedeutung des Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Wir haben ein Schuldendilemma in Europa, keine Euro-Krise“, sagte Kauder. Dafür trage die ehemalige Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder die Verantwortung: „Rot-Grün hat ganz massiv dazu beigetragen, dass wir jetzt in dieser Krise sind“, hob Kauder hervor. So habe Rot-Grün die Stabilitätskriterien für den Euro aufgeweicht. Nun wolle die SPD mit Euro-Bonds die Schulden vergemeinschaften. „Geld ohne Gegenleistung hat noch nie zur Besserung geführt“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Was ist das Ziel der christlich-liberalen Koalition mit dem Haushalt 2012? Norbert Barthle, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Durch den Abbau der Neuverschuldung wird die Haushaltskonsolidierung weiter vorangetrieben. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Milliarden Euro um rund 13 Milliarden Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Milliarden Euro unter den Eckwerten von März 2011. Ziel der Bundesregierung ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Grundlage zur Erreichung dieses Ziels, ist mit dem Bundeshaushalt 2012 gelegt worden.“

## Erweiterung des Euro-Rettungsschirms

An diesem Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die parlamentarische Beratung der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms aufgenommen. Bundesfinanzminister Schäuble warb bei den Abgeordneten um Zustimmung für das Gesetz, das Ende September verabschiedet werden soll. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets hatten am 21. Juli 2011 Maßnahmen zur „Flexibilisierung“ der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vereinbart. Ziel der Flexibilisierung ist es, Ansteckungsgefahren noch frühzeitiger und entschlossener entgegenzutreten zu können. Für die Euro-Zone insgesamt können sich aus Entwicklungen wie in Griechenland Gefahren ergeben. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Milliarden Euro auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Milliarden Euro erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Milliarden Euro. Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm. „Die Ursachen der Probleme müssen die Länder selbst lösen“, betonte Schäuble. Die Haushalte der Länder müssten angepasst und Defizite zurückgeführt werden. „Die Lösung der Strukturprobleme können wir den Ländern, die Hilfen erhalten, nicht ersparen“, sagte der Finanzminister. Schäuble knüpfte die Auszahlung weiterer Teilbeträge daran, dass Vereinbarungen eingehalten würden. „Die Lage ist ernst in Griechenland“, denn im Augenblick sei die Troika-Mission unterbrochen. Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) ist zunächst ergebnislos aus Griechenland abge-

reist. Mit dem jetzt eingebrachten Änderungsge-  
setz zum StabMechG werden die Beschlüsse der  
europäischen Staats- und Regierungschefs zur  
Ertüchtigung und weiteren Flexibilisierung des  
Rettungsschirms EFSF vom 11. März 2011 und  
21. Juli 2011 in nationales Recht umgesetzt und  
die EFSF in die Lage versetzt werden, ihre Aufga-  
be besser erfüllen zu können, ohne dass von ih-  
ren Grundprinzipien – klare Voraussetzungen für  
den Einsatz, klare Auflagen und Bedingungen  
beim Einsatz – abgewichen wird.

## Karlsruhe zum „Euro-Rettungsschirm“

Zeitgleich zur Haushaltsdebatte im Deutschen  
Bundestag erging in dieser Woche ein Urteil des  
Bundesverfassungsgerichts zu Parlamentsrech-  
ten beim Euro-Rettungsschirm. Die Karlsruher  
Richter lehnten die Beschwerden der Euro-  
Skeptiker ab und stellten fest: „Der Deutsche  
Bundestag hat durch die Verabschiedung dieser  
Gesetze weder sein Budgetrecht noch die Haus-  
haltsautonomie zukünftiger Bundestage in ver-  
fassungsrechtlich unzulässiger Weise beeinträch-  
tigt.“

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion, Norbert Barthle, erklärte zur  
Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts:  
„Mit seinem heutigen Urteil bestätigt das Bun-  
desverfassungsgericht den bisherigen Kurs der  
Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen  
zur Stabilisierung des Euro. Es hat streng kondi-  
tionierte Finanzhilfen für notleidende Euro-  
Staaten explizit als verfassungsgemäß erachtet.  
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die  
klare Aussage des Gerichts, dass die Einrichtung  
einer Europäischen Haftungsgemeinschaft (Euro-  
Bonds) zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit dem  
Grundgesetz vereinbar ist. Das Urteil kommt  
zum richtigen Zeitpunkt und ist ein positives  
Signal für die bisherige Stabilisierungspolitik  
Deutschlands und seiner europäischen Partner.“

## Zitat

„Wenn Sie Kanzlerkandidat werden wollen, müs-  
sen Sie sich noch ein bisschen bessere Manieren  
zulegen. Sonst wird das nichts.“

(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Dienstag  
im Bundestag zu seinem Vorgänger Peer Steinbrück  
(SPD), der während Schäubles Ausführungen zum Schul-  
denabbau beim Auftakt der Haushaltsdebatte dazwi-  
schenrief.)